

## Aktuelles Stadt Mainz: Bürgerentscheid Bibelturm

### 77 Prozent: Klare Mehrheit lehnt Bibelturm ab

#### CDU wirft OB Ebling Versagen vor – Zukunft des Museums in den Mittelpunkt stellen

Das Ergebnis war eindeutig. Mehr als 77 Prozent der Mainzerinnen und Mainzer, die am 15. April 2018 am ersten Bürgerentscheid in der Geschichte der Stadt teilgenommen haben, stimmten mit Nein. Lediglich knapp 23 Prozent votierten mit Ja. Damit steht fest: das Gutenberg-Museum wird nicht um den so genannten Bibelturm erweitert. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 40 Prozent. Ein für einen Bürgerentscheid sehr hoher Wert. Damit wurde das erforderliche Quorum eindeutig erreicht.

Während sich die Gegner des Projekts zufrieden zeigten und betonten, dass es jetzt darum gehen müsse, das Gutenberg-Museum weiterzuentwickeln, waren die Befürworter enttäuscht und meinten, dass das Ergebnis die Entwicklung des Museums um Jahre zurückwerfe. CDU-Fraktionschef Hannsgeorg Schöning betonte, dass das Resultat glasklar sei und von der Politik ernst genommen werden müsse.

Scharfe Kritik übte die CDU an Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD). „Das eindeutige Ergebnis zeigt eines ganz deutlich: der OB hat hier schlicht und einfach versagt. Das klare Nein ist auch ein Misstrauensvotum der Menschen gegen den OB und die Politik seines Stadtvorstands. Er ist selbst dafür verantwortlich, dass er als Chef der Verwaltung jetzt stark beschädigt ist“, so die Kreisvorsitzende Sabine Flegel. Das Resultat sei zudem eine schallende Ohrfeige für die Informationspolitik der Stadt. Bei dem Bibelturm habe es sich um ein überaus wichtiges Projekt der Verwaltung gehandelt. „Bis auf Baudezernentin Marianne Grosse (SPD) und Museumsdirektorin Dr. Annette Ludwig hat sich aber kein Mitglied des Stadtvorstands in den letzten Wochen sichtbar für das Vorhaben eingesetzt. Es stellt sich auch die Frage, warum die Ampelfraktionen ihre Beigeordneten hier nicht stärker in die Pflicht genommen haben“, sagte Fraktionschef Hannsgeorg Schöning.

Für das eindeutige Votum gebe es eine Vielzahl von Gründen. Das Ergebnis zeige aber in jedem Fall, dass es in der Bevölkerung eine große Unzufriedenheit mit der Politik der Stadt gebe. „Es ist nicht das erste Mal, dass sich die Menschen übergangen fühlen. Hierfür sind maßgeblich der OB und die seit Ende 2009 regierende Ampelkoalition verantwortlich. Als CDU nehmen wir das Ergebnis des Entscheids sehr ernst und werden die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen“, betonten die beiden Kommunalpolitiker.

Inhaltlich gelte es jetzt, die Zukunft des Gutenberg-Museums in den Mittelpunkt zu stellen und ein neues Konzept zu entwickeln. „Dieses muss komplett neu erarbeitet werden, muss ergebnisoffen sein und darf nicht durch Vorfestlegungen eingeengt werden. Neben der Gutenberg-Stiftung müssen auch die Bürgerinitiativen sowie die Ratsfraktionen eingebunden werden und zwar von Anfang an. Inzwischen hat auch unsere Bundestagsabgeordnete Ursula Groden-Kranich die Initiative ergriffen und zu einem Runden Tisch eingeladen. Ein richtiger und guter Schritt“, sagen Sabine Flegel und Hannsgeorg Schöning.



Fraktionschef  
Hannsgeorg Schöning  
zum Bürgerentscheid:

**„Das Ergebnis ist auch eine schallende Ohrfeige für den OB. Es zeigt sich, dass viele Menschen in unserer Stadt mit seinem Auftreten und der Politik der Ampel nicht zufrieden sind.“**



Grafik: Stadt Mainz



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion



**Aktuelles: Helmut-Kohl-Platz**

## **Freude über Platz für „Kanzler der Einheit“**

### **Teil des Ernst-Ludwig-Platzes nach Helmut Kohl umbenannt**

Mainz hat einen Helmut-Kohl-Platz. Am 3. April 2018, dem Geburtstag des ehemaligen Bundeskanzlers und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, wurde ein Teil des Ernst-Ludwig-Platzes hinter dem Kurfürstlichen Schloss und vor dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum nach dem „Kanzler der Einheit“ und „Ehrenbürger Europas“ umbenannt. Neben der CDU-Landesvorsitzenden und Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, der CDU-Kreisvorsitzenden Sabine Flegel, dem Vorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion Hannsgeorg Schöning, Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) und weiteren Landes- und Kommunalpolitikern nahmen auch viele Bürgerinnen und Bürger an der Einweihung teil, die damit ihren Dank und ihren Respekt vor den politischen Leistungen Kohls zeigten. Die rheinland-pfälzische Landeshauptstadt ist eine der ersten Städte, die einen Platz mitten in der City nach Helmut Kohl benennt. Für das Vorhaben hatte es sowohl im Ältestenrat als auch im Stadtrat eine überwältigende Unterstützung gegeben.

Julia Klöckner dankte der Stadt Mainz für die Geste, an einem herausragenden, prominenten und nicht versteckten Platz zwischen Landtag und Regierungsgebäude einen Platz nach dem Altkanzler zu benennen. „Helmut Kohl war der größte Rheinland-Pfälzer, den dieses Land je hervorgebracht hat“, so die Bundesministerin. Er habe insbesondere bei der europäischen Einigung immer auch die kleineren Staaten im Blick gehabt und deren Bedürfnisse, Sorgen und Wünsche ernst genommen. Gerade durch dieses Verhalten habe er sich großes Ansehen in Europa und in der Welt erworben. Einen Platz nach dieser großen Persönlichkeit zu benennen, sei keine Frage von Partei oder Parteilichkeit. Es gebe keine Zukunft ohne Gegenwart und keinen Gegenwart ohne Vergangenheit. Es sei wichtig, Gedenkort für kommende Generationen zu schaffen und ihnen Namen mitzugeben, an die man sich erinnern solle.

Fraktionschef Hannsgeorg Schöning zeigte sich nach der Einweihung stolz, dass die Stadt Mainz so schnell nach dem Tod des ehemaligen Bundeskanzlers einen bedeutenden Ort nach Helmut Kohl benannt hat. Der Dank gehe deshalb an alle, die sich gemeinsam mit der CDU für diese Benennung eingesetzt haben. „Helmut Kohl hat als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident und als Bundeskanzler herausragendes geleistet. Sein Name wird für immer mit der Deutschen Einheit und der europäischen Einigung verbunden sein. Seine Lebensleistung ist außergewöhnlich und einzigartig. Er hat unglaublich viel für unser Land erreicht und maßgeblich dafür gesorgt, dass wir in Frieden und Freiheit leben. Dafür können wir heute und in Zukunft dankbar sein“, so Schöning.



CDU-Fraktionschef  
Hannsgeorg Schöning  
freut sich über die  
Benennung eines  
Platzes nach Helmut  
Kohl:

**„Helmut Kohl hat als Bundeskanzler und als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident herausragendes geleistet. Sein Name wird für immer mit der Deutschen Einheit und der europäischen Einigung verbunden sein.“**



**Aktuelles: Housing Area Gonsenheim**

## **CDU kritisiert Vorgehen von OB Ebling**

### **Union will in Gonsenheimer Areal einen Generationenpark**

Die ehemalige Housing Area in Gonsenheim, die sich derzeit im Besitz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) befindet, stellt mit dem vielen Grün und einem alten Baumbestand ein zeittypisches Wohnquartier dar und hat zudem eine geschichtliche und baukulturelle Bedeutung. In letzter Zeit wurde das Areal als Quartier für Flüchtlinge genutzt. Die CDU setzt sich seit langem dafür ein, die jetzige Wohnbebauung für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und zu schützen. Bereits vor der Nutzung als Flüchtlingsunterkunft gab es Überlegungen, den Wohnbestand für alle Generationen zu nutzen und die Preise sozial verträglich zu gestalten.

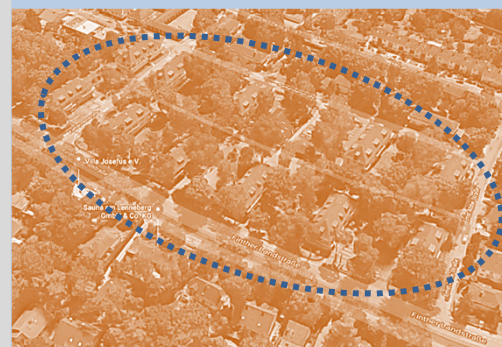
Obwohl die Gonsenheimer Ortsvorsteherin und CDU-Kreisvorsitzende Sabine Flegel bereits seit längerem Kontakt zur BImA hat und dies der Verwaltung auch bekannt war, preschte vor einiger Zeit Oberbürgermeister Michael Ebling völlig unabgestimmt vor und erklärte, dass er die städtische Wohnbau beauftragt habe, die Flächen der Housing Area zu erwerben und ein städtebauliches Konzept zu erstellen.

Bei der CDU stieß dieses Vorgehen auf massive Kritik. „Es ist ein ganz schlechter Stil und ein ungeheuerlicher Vorgang, dass der OB in dieser Frage vorprescht und die Gonsenheimer Ortsvorsteherin Sabine Flegel, die zu dieser Thematik im Vorfeld bereits zusammen mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Ursula Groden-Kranich ein internes Gespräch mit Sozialdezernent Dr. Eckart Lensch geführt und damit die Verwaltung in eigene Überlegungen eingebunden hat, einfach übergeht, sie nicht darüber informiert und als direkt gewählte Vertreterin des betroffenen Stadtteils nicht einbindet. Ein solches Verhalten, das nicht zum ersten Mal vorgekommen ist und zumeist die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher der CDU trifft, ist nicht in Ordnung. Es ist zudem mittlerweile auffällig, dass der OB bei jedem guten Vorschlag der Gonsenheimer Ortsvorsteherin regelmäßig in Aktionismus verfällt und nervös wird“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schöning. Wenn Sabine Flegel und Ursula Groden-Kranich Ideen entwickeln und diese dem Beigeordneten Dr. Lensch vorstellen, dann könne es nicht sein, dass der OB nach der Information durch den Beigeordneten einfach losmarschiert. Das sei unanständig und respektlos.

Unterdessen hat der Gonsenheimer Ortsbeirat mit großer Mehrheit einen gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und ÖDP zur Housing Area verabschiedet. In diesem wird unter anderem gefordert, das bald frei werdende Gelände für einen Generationenpark zu nutzen und die vorhandene, lockere Bebauung in ihrer Struktur zu erhalten. Eine geistlose Nachverdichtung und eine Vernichtung von Grünflächen soll unterbleiben. In jedem Fall sollen die Bürgerinnen und Bürger beteiligt und bei der Gestaltungs- und Nutzungsplanung einbezogen werden. Teil des Antrags ist zudem die Forderung nach einer Erhaltungssatzung für das Areal. „Wir wollen in der Housing Area ein Wohngebiet für alle Generationen zu sozial verträglichen Preisen schaffen. Der verabschiedete CDU-Antrag ist ein erster wichtiger Schritt, um dies zu erreichen“, so Sabine Flegel.



Sabine Flegel, CDU-Kreisvorsitzende und Gonsenheimer Ortsvorsteherin, will in ihrem Stadtteil Wohnraum für alle Generationen:



**„Wir wollen dieses Areal mitten in Gonsenheim erhalten und dort Wohnraum für alle Generationen schaffen.“**



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion

